

# 1) Jagdpolitische Fragen

1.1) Hält Ihre Partei eine Änderung des Bundesjagdgesetzes für erforderlich, wenn ja, in welcher Form?

Eine grundlegende Novellierung halten wir nicht für erforderlich. Einzelne, drängende Problemstellungen können natürlich trotzdem angepasst werden, unter Einbeziehung der betroffenen Verbände.

1.2) Erkennt Ihre Partei das Jagdrecht als Schutzrecht an? Wenn nein, warum nicht?

Ja, für uns gehören die Jagd und die Hege der Tiere untrennbar zusammen - dies entspricht dies der originären Definition von Nachhaltigkeit. Das Fachwissen in Bezug auf unsere heimische Tierwelt, des Wildverhaltens, der Anforderungen unserer Wildtiere an ihre Umwelt und auch die Auswirkungen von Ökosystemveränderungen auf die Tierwelt wird weitläufig unterschätzt. Unserer Ansicht nach muss die Jägerschaft vor diesem Hintergrund viel mehr an Natur- und Artenschutzprojekten beteiligt werden. Dies wäre ein Gewinn für beide Seiten.

1.3) Erachtet Ihre Partei eine Kürzung oder Erweiterung des Katalogs jagdbarer Arten für erforderlich? Wenn ja, warum?

Eine Anpassung des Katalogs für jagdbare Arten ist unbedingt erforderlich. Insbesondere der Kormoran muss wieder bejagt werden können, es wird jedoch auch die Aufnahme weiterer Tierarten diskutiert, wie des Wolfes oder Bibers. Hauptkriterium für die Aufnahme von geschützten Tieren ist für uns, dass ein reines naturschutzfachliches Management nicht mehr ausreichend ist - beim Kormoran ist dies beispielweise bereits seit Jahren der Fall.

1.4) Unterstützt Ihre Partei die Bejagung von Prädatoren und deren Nutzung durch Verarbeitung der Bälge?

Hier gilt, wenn durch den zu hohen Bestand bestimmter Arten andere in ihrem Bestand gefährdet werden, dann soll durch Sachkundige eine Bejagung erfolgen müssen. Die Art der Bejagung muss so gestaltet sein, dass dem Tierschutz Rechnung getragen wird, im Zweifel aber die Ziele der Maßnahmen Vorrang genießen.

Wenn die Tiere getötet werden, sollten diese nach unserem Verständnis auch möglichst ganzheitlich genutzt werden. Die AfD will sich daher für die Einrichtung weiterer Abbalgstationen sowie eine intensive Nutzung der Bälge stark machen, denn diese sind hochwertige sowie ökologische Naturprodukte.

### 1.5) Wie steht Ihre Partei zum Einsatz von Fanggeräten/Fallen für die Bejagung von Prädatoren?

Wir sehen die Fallenjagd als unerlässlichen Bestandteil der Jagd an, selbstverständlich auch von Prädatoren. Wichtig ist der Einsatz von hochwertigen und effizienten Fallensystemen, welche auf die örtlichen Gegebenheiten und die Beutetiere spezialisiert sind. In der sächsischen AfD-Landtagsfraktion wurde auch bereits ein erster Antrag für eine Unterstützung dieser Bejagungsmethode gestellt, auch für eine finanzielle Förderung des Fallenkaufes für besonders sensible Jagdgebiete. Jäger müssen dabei auch durch eine gezielte Förderung wissenschaftlicher Fachprojekte unterstützt werden.

### 1.6) Wie soll das Management invasiver gebietsfremder Arten gemäß entsprechender EU-Verordnung in Deutschland umgesetzt werden?

Die Liste und Vorgaben der EU müssen natürlich in die fachspezifischen Gesetze und Verordnungen aufgenommen werden. Als unbedingt notwendige Managementmaßnahmen, insbesondere für den Waschbären, sehen wir Abschussprämien und die Finanzierung von Fallen für den Einsatz in besonders sensiblen Gebieten an.

Darüber hinaus sind jedoch seitens der Unionsliste nur wenige Tierarten für unsere heimischen Ökosysteme tatsächlich relevant. Auch sind die Vorgaben sehr abstrakt, so dass regionale Besonderheiten durch die EU-Verordnung nicht abgebildet werden können. Deutschland muss sich daher um eine eigene Definition gebietsfremder invasiver Arten auf Bundesebene bemühen, welche auch alle anderen für unsere heimischen Ökosysteme problematischen Arten erfasst. Das Management muss auch diese umfassen und darf sich nicht allein auf die Unionsliste beschränken. Ein Abwarten bis zu einer eventuellen Novellierung der Unionsliste wäre vollkommen sinnfremd.

### 1.7) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Pflichtmitgliedschaft der Jäger in der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG), der gesetzlichen Unfallversicherung, aufzuheben und sich für eine Änderung des Sozialgesetzbuches stark machen? Wenn nein, warum nicht?

Pflichtversicherungen sind grundsätzlich zu vermeiden, wenn sichergestellt wird, dass die notwendigen versicherungsrechtlichen Vorgaben auch privat erfüllt werden können. Aus unserer Sicht würde der Nachweis des vollständigen Versicherungsschutzes bei Beantragung oder Verlängerung des Jagdscheines genügen, auch in Bezug auf eine hinreichende Unfallversicherung. Jäger leisten durch Ihre Arbeit einen großen gesellschaftlichen Beitrag, indem Sie Naturschutz- und Artenschutz umsetzen. So lehnen wir als AfD auch die immer wieder aufkommende Diskussion zur Jagdabgabe ab. Viele Jäger betreiben die Jagd als Hobby und nebenberuflich. Man darf die Kosten für die Jagdausübung nicht immer weiter in die Höhe treiben.

1.8) Wie stehen Sie zur Befriedung von Jagdflächen für natürliche und juristische Personen?

Eine Befriedung von Jagdflächen sollte nur für Zeiten einer Aufforstung in kleinräumigen Gebieten stattfinden. Auch eine Befriedung aus ethischen Gründen muss vermieden werden, um die Jagdflächen nicht auseinander zu reißen. Vielmehr sind natürliche Rückzuggebiete für das Wild anzulegen, um Verbisschäden zu minimieren.

1.9) Welche Maßnahmen sollen Ihrer Ansicht nach in Jagdruhezonen (z.B. in Kernzonen von Nationalparks oder durch Befriedungsantrag) ergriffen werden, um Schwarzwildbestände oder invasive Arten wie den Waschbär einzudämmen?

Die Jagdstrategien sollten natürlich so angepasst werden, dass in Jagdruhezonen möglichst keine Jagden erforderlich sind. Bei zu hohen Wildtierbeständen, wie beispielsweise Schwarzwild, oder stark störenden Einflüssen durch das Vorhandensein invasiver Tierarten, muss eine Jagd in Abstimmung mit den zuständigen Jagd- und Naturschutzbehörden möglich sein. Denkbar wären gezielte und störungsarme Drückjagden mit hohen zeitlichen Abständen, abhängig von der Problemlage maximal 1-2 Mal im Jahr. Für Jagden auf Waschbären eignen sich ohnehin eher Fallenjagden. Der Einsatz von Lebendfallen ist auch in Jagdruhezone ohne größere Störungen möglich und kann in Schwerpunktgebieten dauerhaft zum Einsatz kommen.

Ein generelles Verbot von Jagden in Jagdruhezonen widerspricht den Schutz- und Hegezielen, da sowohl die Flora unter den zu vielen Tieren leidet aber auch das Ausbrechen von Krankheiten und Seuchen zu befürchten ist.

1.10) Wird sich Ihre Partei für eine Änderung der Steuergesetze bezüglich der Besteuerung von Jagdgenossenschaften einsetzen?

Für dieses Problem hat sich die AfD bislang noch keine einheitliche Meinung gebildet. Dies werden wir gern mit der Jägerschaft zusammen tun, so wie wir spezifische Probleme auch bereits auf Ebene der Bundesländer gehandhabt haben. Vor dem Hintergrund des hohen Engagements der Jäger wäre jedoch für alle Jagdgenossenschaften, welche nicht aufgrund der Kleinunternehmerregelung umsatzsteuerbefreit sind, eine Besteuerung mit einem ermäßigten Umsatzsteuersatz begrüßenswert.

1.11) Hält Ihre Partei die Besteuerung eines Revierschleppers (z. B. zur Beseitigung von Wildschäden) für gerechtfertigt?

Gesonderte Ausnahmen innerhalb des KFZ-Steuerechtes halten wir aktuell für nicht zielführend. Es wäre für jeden nachzuweisen, dass der Schlepper ausschließlich im Revier genutzt wird. Dies macht eine Ausnahmeregelung vor allem für die Behörden, welche die Ausnahme genehmigen und kontrollieren müssten, als auch den Jäger bürokratischer. Aus unserer Sicht gibt es besser Ansätze, die Arbeit der Jäger anzuerkennen und zu unterstützen.

## 2) Naturschutzpolitische Fragen

2.1) Wird sich Ihre Partei für einen dauerhaften eigenen Haushaltstitel zur

Umsetzung des "Bundesprogramms Wiedervernetzung" einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

Das Bundesprogramm Wiedervernetzung ist unbedingt weiter zu führen. Gerade für den Bau von Querungshilfen an Bestandsstraßen sind weitere finanzielle Mittel zu Verfügung zu stellen. Es muss jedoch gleichzeitig darauf hingewirkt werden, dass mit Hilfe dieser Mittel im Gegensatz zu bisher nicht allein Grünbrücken gebaut, sondern auch die Schaffung weiterer Arten von Querungshilfen ermöglicht wird. Um Transparenz über die Finanzierung zu schaffen, ist in jedem Fall ein eigenständiger Haushaltstitel zu schaffen.

Gleichzeitig müssen jedoch Querungshilfen auch bereits in den Planungen neuer Verkehrswege und lebensraumerschneidender Bauwerke berücksichtigt werden. Die AfD setzt sich dafür ein, dass gerade beim Neubau von Verkehrswegen im ländlichen Raum Grundstückseigentümer und –nutzer frühzeitig in die Planungen einbezogen werden. Mit Hilfe des Fachwissens der Jäger zu Tiervorkommen und Wildwechseln sollte bereits in der frühen Phase der Planung die Zerschneidung von Lebensräumen thematisiert und Optionen zur Minderung der negativen Auswirkungen einbezogen werden. Dies ist jedoch Teil des Bau- und Planungsrechtes, welches zwar politisch gefördert, aber nicht zusätzlich finanziell mit einem gesonderten Haushaltstitel unterstützt werden muss.

2.2) Wie sieht Ihre Partei die Bestandsentwicklungen und damit einhergehenden Interessenkonflikte von bisher streng geschützten Arten wie beispielsweise Biber und Wolf? Welche Managementmaßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig?

Unsere Devise: Handeln bevor es zu spät ist!

Die AfD sieht die Bestandentwicklungen und die damit einhergehenden Interessenkonflikten sehr besorgt. Der derzeitige Schutzstatus ist auf Grund der starken Vermehrung und Ausbreitung dieser Tiere regional überholt. In einigen Teilen Deutschlands nimmt die Population von Wolf und Biber bereits überhand. Für diese Gegenden müssen Populationsobergrenzen geschaffen werden. Das EU-Recht ermöglicht ausdrücklich eine Begrenzung auf festzulegende Bestände sowie der Verbreitung, auch wenn die Tiere dem Anhang IV der FFH-Richtlinie entsprechend als streng geschützt gelten. In Frankreich wird die regionale Begrenzung der Wolfspopulation bereits praktiziert. Mittelfristig ist auch der EU-Schutzstatus des Wolfes zu ändern und dieser der Liste des Anhangs V zuzuordnen, damit regional eine begrenzte Bejagung möglich ist. Nur so werden diese Tiere wieder eine natürliche Scheu gegenüber Siedlungsgebieten und Nutztieren bekommen.

2.3) Hält Ihre Partei eine finanzielle Unterstützung des seit 2002 bundesweit laufenden Wildtiermonitorings (Wildtier-Informationssystem der Länder Deutschlands, WILD) für sinnvoll? Wenn ja, in welcher Form könnte eine Unterstützung seitens des Bundes erfolgen?

Ja, insbesondere sollte eine finanzielle Unterstützung für den administrativen Aufwand der Sammlung, Aufbereitung und Auswertung der Daten erfolgen. Darüber hinaus ist zu prüfen, an welchen Stellen zur Erstellung und Nutzung der Datenbank mit Regierungsinstitutionen verstärkt zusammengearbeitet werden kann.

Das Informationssystem schließt eine Lücke in der Veröffentlichung von Daten zu Wildtieren. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft selbst legt in seinen Veröffentlichungen vor allem Wert auf Themen des Waldes und geschützter Tierarten, weshalb wir zusätzlich veröffentlichte Daten das Informationssystem des Deutschen Jagdverbandes sehr begrüßen.

2.4) Hält Ihre Partei eine Ausweitung von NATURA 2000 und FFH-Gebieten für notwendig? Welche Nutzungsbeschränkungen sollten aus Ihrer Sicht in diesen Gebieten gegeben sein?

Ausweitungen wären wünschenswert und werden nicht grundlegend befürwortet. Neuausweisungen sollten jedoch nicht starren Quoten folgen, sondern in erster Linie Standorte umfassen, welche für Regionen von hoher ökologischer Bedeutung sind oder sein sollten.

Pauschale Nutzungseinschränkungen lehnen wir genauso ab wie starre Quoten. Es muss immer eine Abwägung erfolgen, welche Handlungen in diesen Gebieten tatsächlich eine Beeinträchtigung hervorrufen und welche nicht. Dies betrifft letztlich nicht nur die Jagd, sondern ist eine allgemeine Problemstellung.

2.5) Wie steht Ihre Partei zur Auslandsjagd als Instrument zum Schutz bedrohter Wildarten?

Das Thema muss insbesondere im Spannungsfeld mit der jeweiligen politischen Lage in den Ländern betrachtet werden, denn das Konzept der Auslandsjagd bedrohter Tierarten kann zum Schutz beitragen, kann aber auch in korrupten Systemen die Wilderei fördern. Es stellt sich immer die Frage, ob die Staaten vor Ort in der Lage sind, derartige Angebote sicher zu kontrollieren. Darüber hinaus stellt sich die Frage, in wie weit die damit verbundene Ausfuhr von Trophäen in diesen Fällen erlaubt oder gänzlich verboten werden sollte.

Einerseits lenken derartige Angebote den Jagdtourismus, der häufig stattfindet unabhängig davon, ob dieser als legal oder illegal eingestuft wird. Er schafft eine gewisse Kontrolle und gleichzeitig die Möglichkeit, dringend notwendige Gelder für den Schutz der Arten zu generieren.

Andererseits wird es oftmals schwer fallen kontrollieren zu können, wie viele Tiere tatsächlich geschossen wurden. Es besteht die Gefahr, dass unter dem Deckmantel der legalen Jagd weiterhin auch illegale Aktivitäten stattfinden, welche dann jedoch nur mit größerem Aufwand geahndet werden können als bei einem generellen Verbot.

Die Diskussionen sind zu diesem Thema innerhalb der AfD noch nicht abgeschlossen.

### 3) Agrarpolitische Fragen

3.1) Welche agrarpolitischen Weichenstellungen hält Ihre Partei für notwendig, um einer weiteren Abnahme bedrohter Offenlandarten, wie z.B. Rebhuhn oder Feldlerche, entgegenzuwirken?

Wir setzen uns dafür ein, dass die Förderung von Naturschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft wieder auf nationaler Ebene angesiedelt wird. Warum? Auf Grundlage der starren EU-Bürokratie lassen sich schwer regionale Besonderheiten berücksichtigen und es zeigt sich bereits seit Jahren, dass viele der aktuell unter hohem bürokratischem Aufwand geförderten Maßnahmen für die Natur nur einen sehr geringen Nutzen bringen. Die teuer geförderten Maßnahmen sind zum überwiegenden Teil nur auf kurzfristige Maßnahmen ausgelegt und deren positiver Einfluss auf die Natur bei Einstellung der Zahlungen sofort erlischt.

Gerade in Agrarlandschaften müssen wieder mehr dauerhafte Landschaftsstrukturen geschaffen werden, von breiteren und bepflanzten Feldrändern, über Baumgruppen bis hin zu Heckenrainen oder der Umwandlung in Grünland von schwer zu bewirtschaftenden Flächen. Letztere Flächen werden unter dem Stichwort „Förderung benachteiligter Gebiete“ häufig ebenfalls als Ackerland genutzt. Dies ist eines der Beispiele, wie sich die Maßnahmen der EU-Agrarförderungen regelmäßig widersprechen.

Die enormen Gelder, welche für die Regelung und Kontrolle der vielen, nur kurzfristigen Maßnahmen aufgewendet werden, z. B. dem sogenannten Greening aber auch den Feldlerchenfenstern, sollten verstärkt für investiven Naturschutz verwendet werden und damit für langfristig angelegte und pflegearme Biotop, welche auch nach einem eventuellen Auslaufen von Förderungen weiterhin einen positiven Beitrag zur Naturentwicklung leisten.

3.2) Hält Ihre Partei eine Vernetzung verschiedener Politikbereiche, wie z. B. Agrarumweltmaßnahmen im Rahmen der GAK, Greening-Vorgaben und Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für sinnvoll? Wenn ja, in welcher Form?

Eine derartige Vernetzung ist nicht sinnvoll. Gerade Agrarumweltmaßnahmen, aber auch das sogenannte Greening, bringen hohe Bürokratiekosten mit sich und unterliegen sehr starren Regelungen, welche regionale Besonderheiten in keiner Weise berücksichtigen können. Die Erfahrungen zeigen, dass die Agrarumweltmaßnahmen für die Biodiversität nur einen sehr geringen Nutzen bringen. Bei einer Trennung beider Politikbereiche kann eine gezielte naturschutzfachliche Förderungen erfolgen, an der sich natürlich auch Landwirte beteiligen können, die jedoch vor allem auf Projekte abzielt, welche für die Umwelt einen langfristigen und effektiven Nutzen bringen. Um zu starren Vorgaben entgegen zu wirken, ist es unser Ziel, die Naturschutzförderung, genauso wie die Förderung besonderer Initiativen der Landwirtschaft, wieder zu einer nationalen Förderung umzugestalten.

Auch die allgemeine Handhabung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sollten vom Naturschutzrecht getrennt behandelt werden. Es sollten jedoch die Naturschutzbehörden bei der Auswahl und Planung der einzelnen Maßnahmen hinzugezogen werden, um auf diese Art Maßnahmen zu priorisieren, welche einen echten Ausgleichswert für die Region haben. Aktuell werden auch über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vielfach Pflege- bzw. sehr pflegeaufwendige Biotop gefördert,

beispielsweise Streuobstwiesen, welche diesem Anspruch auf lange Sicht häufig nicht genügen. Auch hier sind wieder bei der Planung der Maßnahmen Grundstückseigentümer und –Nutzer frühzeitig einzubeziehen, da durch ihr Wissen um regionale Besonderheiten häufig für alle beteiligten günstigere und verträglichere Maßnahmen gefunden werden können.

### 3.3) Wie steht Ihre Partei zur Nutzung von Flächen nach der Brut- und Setzzeit, die über Agrarumweltmaßnahmen gefördert werden? (z.B. über den Anbau von Wildpflanzen, zur Energiegewinnung)

Über die Instrumente der Agrarumweltmaßnahmen erfolgt in der Regel eine Flächenförderung, welche eine Nutzung unter bestimmten Auflagen, beispielsweise eine Mahd, zulassen. Die Nutzung von Flächen, welche einer Naturschutzförderung unterliegen, unabhängig ob nach EU-Recht oder nach Maßnahmen unserer Vorstellung, können sich selbstverständlich nicht allein nach Brut- und Setzzeiten richten, sondern nach den naturschutzfachlichen Zielen, die entsprechend der Maßnahmen verfolgt werden. beispielsweise müssen hier auch der Bienen- und Hummelflug berücksichtigt werden.

Der gezielte Anbau von heimischen Wildpflanzen kann durchaus eine förderfähige Maßnahme darstellen. Im Rahmen der EU-Förderung von Blühflächen finden diese Pflanzen leider zu wenig Beachtung, da sie vielmals in den zertifizierten Saatgutmischungen zu wenig enthalten sind. Den Anbau von Energiepflanzen jedweder Art lehnen wir grundsätzlich jedoch ab. Diese Art der Energiegewinnung steht in keinem Kosten-Nutzen-Verhältnis. Auch beim Anbau von Wildpflanzen zu diesem Zweck kann nur auf eine stark eingeschränkte Sortenauswahl zurückgegriffen werden, welche ebenfalls nur kurzzeitig und sehr begrenzt einen Nutzen für die Umwelt besitzt. Dass EEG, in seiner jetzigen Form, wird abgelehnt und muss dringend abgeschafft werden.

## 4) Waffenrechtliche Fragen

### 4.1) Werden Sie in der kommenden Legislaturperiode für eine Änderung des Waffenrechts eintreten? Wenn ja, in welcher Form?

Die AfD lehnt jegliche Verschärfung im Waffenrecht ab. Deutschland besitzt eines der schärfsten Waffengesetze der Welt. Wir setzen uns jedoch für eine verstärkte Bekämpfung des illegalen Waffenbesitzes ein, beispielsweise durch Grenzkontrollen oder der Schließung entsprechender Handelsplattformen im Internet und Darknet.

### 4.2) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der offiziellen Polizeilichen Kriminalstatistik begangene Straftaten mit Schusswaffen nach legalen und illegalen Waffen unterschieden werden?

Die AfD fordert schon immer und nachdrücklich die Offenlegung dieser Unterscheidung. Die Verstöße gegen das Waffenrecht mit legalen Waffen sind statistisch nicht relevant. Mit Hilfe dieser Offenlegung kann auch der pauschalen Verdächtigung legaler Waffenbesitzer, wie Jäger, Beamte oder Sportschützen, gezielt entgegengetreten werden.

#### 4.3) Was werden Sie gegen den illegalen Waffenerwerb und -besitz in Deutschland und Europa unternehmen?

Der illegale Waffenbesitz und Handel ist eine Aufgabe der Exekutive und Judikative. Abgesehen von den nach unserer Sicht unbedingt notwendigen Grenzkontrollen sind die deutschen Gesetze ausreichend zur Bekämpfung des illegalen Waffenerwerbs. Was es braucht, ist Personal zur Durchsetzung.

Es muss wieder deutlicher als bisher der Unterschied gegenüber der Bevölkerung in Bedeutung und Gefahr gemacht werden.

#### 4.4) Wie bewerten Sie die Unverletzlichkeit der Wohnung und die in diesem Zusammenhang durchgeführten Waffenkontrollen? Eine im öffentlichen Interesse durchgeführte Kontrolle wird dem legalen Waffenbesitzer in Rechnung gestellt. Was werden Sie in diese Richtung unternehmen?

Dieser Punkt wird von Seiten der AfD differenziert betrachtet. Einmal sind Kontrollen der sicheren Aufbewahrung notwendig und richtig. Allerdings darf das nicht zu einer beliebten Einnahmequelle der Kommunen führen, die teilweise unverschämt hohe Gebühren für eine Maßnahme verlangen, die sie selbst in Umfang und Art bestimmen können. Auch sollen nach Auffassung der AfD nur bei einem wenigstens erkennbaren Anfangsverdacht diese Kontrollen durchgeführt werden können, d.h. die Notwendigkeit der Kontrolle sollte durch die Behörde auch begründet sein müssen.

#### 4.5) Wie bewerten Sie die bestehenden Regelungen zur Waffenaufbewahrung?

Die bestehenden Regelungen zur Waffenaufbewahrung sind vollkommen ausreichend. Auch in diesem Bereich gelten in Deutschland sehr strenge Regelungen. Die sichere Aufbewahrung von Waffen wird durch die AfD aber unterstützt.

#### 4.6) Halten Sie eine zentrale Waffenaufbewahrung für Jäger und Sportschützen für sinnvoll?

Eine zentrale Aufbewahrung von Waffen für Jäger und Sportschützen halten wir für falsch, da eine Konzentrierung von Waffen an einem Ort auch immer eine größere Gefahr bedeutet und deren Sicherheit gegenüber dem Aufwand und den Kosten nicht gerechtfertigt ist.

#### 4.7) Hält Ihre Partei ein Verbot von Waffen im privaten Besitz für notwendig? Wenn ja, warum?

Die Regulierung, ob ein Bürger den Erwerb einer Waffe für sinnvoll erachtet oder nicht, ist nicht Aufgabe der Politik. Es ist eines seiner Freiheitsrechte, darüber grundlegend selbst zu entscheiden. Einer Gefährdung der Bevölkerung durch Waffengebrauch wird durch unser strenges Waffengesetz sehr umfangreich entgegengetreten. Die AfD lehnt daher ein Verbot von Waffen im privaten Bereich ab, genauso wie die Verschärfung der Richtlinie 91/477 des Europäischen Parlaments.



## **5) Bitte nennen Sie uns drei Gründe, warum Jäger Ihre**

### **Partei wählen sollten?**

Wir erkennen das Waffenrecht als Freiheitsrecht an und lehnen eine weitere Verschärfung des Waffenrechts genauso wie die Verschärfung der Richtlinie 91/477 des Europäischen Parlaments ab.

Die AfD steht zu den Rechten des Grundeigentums und zur weiteren Fortführung des Reviersystems in der Jagd.

Tierschutz und Waidgerechtigkeit sind Grundelemente der Jagd. Es braucht ausgewogene Tierbestände und keine einseitig ideologische Wald-vor-Wild oder Wild-vor-Wald-Diskussion.